

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Rafter, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitspalte ober deren Raum 1 M.  
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

## Die Selbständigkeit der Zahlstellen.

Die Vorlage des Verbandsvorstandes für die Neuregelung der Wochenbeiträge und der Unterstufungen ist nun auf allen Gantagen besprochen worden; wenn diese Zeitung in die Hände der Leser kommt, wird voraussichtlich auch bereits die Reichskonferenz der Städtevertreter zu ihr Stellung genommen haben. Wie diese entscheiden wird, läßt sich mit Sicherheit noch nicht voraussagen. Immerhin steht uns fest: Die Städtekonferenz wird eine Entscheidung treffen, die im Interesse unseres Verbandes und seiner Mitglieder liegt, und deshalb darf man hoffen, daß die Beschlüsse der Städtekonferenz auch in der dann folgenden Urabstimmung bestätigt werden.

Die Debatte, die in den Spalten der „Holzarbeiter-Zeitung“ eingeleitet wurde, ist auf den Gantagen fortgesetzt worden. Wenn man von einigen Ausnahmen absteht, denen alles, was vom Vorstand kommt, verdächtig erscheint, und die deshalb glauben, grundsätzlich Kritik üben zu müssen, haben alle Kollegen den Zweck der Vorlage begriffen, und der Streit der Meinungen dreht sich nur um die Frage, ob der Vorschlag des Vorstandes der beste Weg ist, das gewollte Ergebnis zu erreichen. Eine solche Kritik ist nützlich und kann unsere Sache nur fördern.

Es ist eine grundsätzliche Auffassung, wenn man glaubt, das Streben des Vorstandes sei darauf gerichtet, seine Macht zu stärken, um die Mitglieder zu entziehen; als bemühe er sich, den widerstrebenden Mitgliedern seinen Willen aufzuzwingen. Politisch interessierte Mitglieder sind leicht geneigt, den Verband gewissermaßen als Staat im Staate zu betrachten und den Verbandsvorstand mit der Regierung zu vergleichen, die bei uns sehr häufig ganz andere Ziele verfolgt als das Volk und die Volksvertretung. Dieser Vergleich ist naheliegend, er hat aber den Fehler, daß er sehr stark hinkt.

Der Verbandsvorstand ist Fleisch vom Fleische der Mitglieder. Die Vorstandsmitglieder sind nicht von einer außerhalb der Organisation stehenden Stelle an ihre Posten gestellt worden, sie wurden als Vertrauensmänner der Mitglieder von diesen an ihre Stellen berufen. Sie müssen fortgesetzt Hand in Hand mit den Mitgliedern arbeiten. Ihr Amt ist es, die Interessen des Verbandes, also der Gesamtheit der Mitglieder, wahrzunehmen und den Willen der Gesamtheit zu vollziehen. Dabei sind in Einzelfällen Reibungen möglich, nämlich dort, wo der Nutzen des einzelnen dem Vorteil der Gesamtheit widerspricht. Solche Fälle sind aber selten, und wo es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist, konnten diese stets leicht aus der Welt geschafft werden.

In der demokratischen Einrichtung, die unser Verband ist, ist der Vorstand das ausführende Organ für die Beschlüsse der Gesamtheit. Er ist aber kein blindes Werkzeug. In die Verbandsleitung müssen höhere Ansprüche gestellt werden. Der Vorstand muß der Führer des Verbandes sein. Er muß vorausschauend und dem Verband die Wege weisen. In dieser Eigenschaft kann es vorkommen, und es ist schon öfters dagewesen, daß vom Vorstand Vorschläge gemacht wurden, deren Zweckmäßigkeit von der Masse der Mitglieder nicht sofort erkannt wurde. Mancher Vorschlag, den der Vorstand gemacht hat, für den aber die Mehrheit der Mitglieder erst nach längerem Widerstreben gewonnen wurde — es sei nur an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband erinnert — hat sich schließlich als recht wertvoll erwiesen, und man möchte auf die betreffende Einrichtung nicht wieder verzichten. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die neueste Vorlage des Vorstandes betrachtet werden. Es ist ein Vorschlag, über den sich der Vorstand mit den Mitgliedern verständigen will. Ueber jeden einzelnen Punkt der Vorlage kann diskutiert werden; man kann ihn ändern, wenn es für zweckmäßig erachtet wird. Das, was schließlich dabei herauskommt, ist, wenn es von den Mitgliedern in der Urabstimmung sanktioniert wurde, für uns Gesetz und wird vom Vorstand loyal gehandhabt werden, auch dann, wenn es nicht so ausfallen sollte, wie er es gern gesehen hätte.

Ein wichtiger Teil der Vorlage ist ihre Ziffer 5, in der gesagt ist, daß die Lokalbeiträge in Wegfall kommen und alle Unterstufungen aus der Hauptkasse gezahlt werden. Dieser entscheidende Grundgedanke der Vorlage des Vorstandes ist bekanntlich von der großen Städtekonferenz aufgestellt worden, die sich schon im Juli 1917 mit diesen Fragen befaßt hat. Von über 100 Vertretern der Mitglieder aus dem ganzen Reich haben nur zwei eine abweichende Meinung bekundet; wohl der beste Beweis dafür, daß eine solche Zentralisierung unseres Finanzwesens allgemein als nützlich und notwendig erkannt wird. Der Lokalbeitrag, den man seit der ganzen Zeit und auch das Risiko der lokalen Unterstufungen abgenommen wird, sollen fortan zur Befreiung der den Zahlstellen erwachsenden Verwaltungskosten 15 Prozent der Beiträge zufließen. Etwaige Ueberschüsse, die eine Jahresausgabe für die Verwaltungskosten übersteigen, sollen der Hauptkasse zugeführt werden. Auf die Frage, ob 15 Prozent der Beiträge zur Befreiung der örtlichen Verwaltungskosten aus-

reichen, eine Frage, die auf vielen Gantagen eine erhebliche Rolle gespielt hat, brauchen wir hier nicht näher einzugehen. Der Vorstand ist auf Grund der aufgestellten Berechnungen der Meinung, daß 15 Prozent genügen. Kommt man in der gemeinsamen Beratung zu der Ueberzeugung, daß an dieser Stelle ein anderer Betrag genannt werden muß, dann wird sich eine Verständigung über diese Frage leicht erzielen lassen.

Viel größere Bedeutung wird von manchen Kollegen dem Umstand beigemessen, daß künftig keine Unterstufungen aus den Lokalkassen gezahlt werden sollen, sondern daß alle Unterstufungen zu Lasten der Hauptkasse gehen. Man will darin eine Entrechtung der Zahlstellen erblicken, denen dadurch ihre Selbständigkeit genommen wird. Zur Begründung dieser Auffassung wird darauf hingewiesen, daß die Mitglieder in den Zahlstellen künftig nicht mehr frei über die Lokalkasse verfügen können. Für jede Unterstufung ist dann die Zustimmung des Verbandsvorstandes einzuholen. Damit wird es insbesondere unmöglich gemacht, Lohnlämpfe zu führen, bei denen oft nur durch rasches Eingreifen ein Erfolg erzielt werden kann. Muß erst die Genehmigung des Vorstandes nachgeholt werden, dann erfordert das Zeit, worüber leicht der günstige Augenblick verpaßt werden kann.

Das sind Einwände, die einer ersten Beachtung wert sind. Tatsächlich ist es dem Vorstand durchaus nicht darum zu tun, die Bewegungsfreiheit der Zahlstellen einzuschränken und die Initiative der Ortsverwaltungen zu unterbinden. Diese Bewegungsfreiheit wird in dem selbsterhaltenen Umfang auch dann wohl bestehen bleiben, wenn die fraglichen Bestimmungen der Vorlage unverändert angenommen werden. Eine unbeschränkte Freiheit über die Kasse zu verfügen, haben die Mitglieder auch jetzt nicht. Diese Freiheit ist zunächst beschränkt durch das Statut. Unter bestimmten Voraussetzungen, die das Statut umschreibt, wird Unterstützung aus der Hauptkasse gewährt. Ebenso schreiben die lokalen Statuten vor, unter welchen Voraussetzungen Unterstufungen aus der Lokalkasse gewährt werden. In der gleichen Weise wie der Verbandsvorstand die Innehaltung des Verbandsstatuts zu überwachen hat, muß die Ortsverwaltung sich an die Vorschriften des Lokalstatuts halten. Unterstufungen können nur gewährt werden, wenn die im voraus umschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind. Bleiben außerordentliche Unterstufungen in besonderen Notfällen, die von der Ortsverwaltung oder den Mitgliedern beschloffen werden können. Das sind Ausnahmen, die das Verbandsstatut zum Teil jetzt schon berücksichtigt, und für die ohne Schwierigkeit eine Regelung erzielt werden kann.

Die Einengung der Selbständigkeit wird hauptsächlich darin gefunden, daß künftig auch die großen Zahlstellen genötigt sein sollen, selbst bei kleineren Streiks sich die Zustimmung des Vorstandes zu sichern, während man bisher, gestützt auf das Vermögen der Lokalkasse, eine Sache riskieren konnte, ohne vorher den Vorstand in Kenntnis zu setzen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei nur um eine Frage der Bequemlichkeit. Es denkt niemand daran, einen Streit vor dem Vorstand zu verheimlichen, aber man sagt sich, bis wir lange an den Vorstand berichtet und dessen Zustimmung eingeholt haben, ist die Sache durchgeführt. Man begegnet vielfach der Behauptung, daß es oft zu langwierig sei, die Zustimmung des Vorstandes einzuholen, in manchen Fällen werde, wie das auch von einem Kollegen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausgeführt wurde, die Genehmigung verweigert, wenn es sich z. B. darum handelt, wegen einer Maßregelung in den Streit einzutreten. Dieses Beispiel war schlecht gewählt. Der Streit als Antwort auf eine Maßregelung hat früher unsere Verbandstage öfters beschäftigt, man ist aber längst darüber einig, daß solche Streiks in der Regel unzweckmäßig sind und besser unterbleiben.

Wenn die Unabhängigkeit von der Zustimmung des Vorstandes zu einer Lohnbewegung das Wesen der Selbständigkeit der Zahlstelle ausmacht, dann müssen jetzt schon sehr viele Zahlstellen auf diese Selbständigkeit verzichten, denn es ist doch nur eine kleine Zahl von Verbandsorten, die über einen Lokalfonds in solcher Höhe verfügen, daß die Ortsverwaltung an ihm den nötigen Rückhalt für ihre Selbständigkeit hat. Der weitaus größte Teil der Zahlstellen hält sich auch bei der Einleitung einer Lohnbewegung an die Bestimmungen des Statuts, und sie machen dabei die Erfahrung, daß das, was über den angeblichen Bürokratismus des Vorstandes gesprochen wird, in der Hauptsache leeres Gerede ist. Der Vorstand steht den Bedürfnissen der Mitglieder in den Zahlstellen keineswegs weltfremd gegenüber; die Vorstandsmitglieder kennen die Verhältnisse an gar vielen Verbandsorten aus unmittelbarer Beobachtung. Dazu haben wir das Institut der Gauvorstände, das sich glänzend bewährt hat. Der Gauvorsteher steht den Zahlstellen fortwährend zur Verfügung. Die Mitglieder bringen allgemein ihrem Gauvorsteher berechtigterweise weitgehendes Vertrauen entgegen. Auf der anderen Seite ist der Gauvorsteher auch der Vertrauensmann des Verbandsvorstandes. Das ist ein Moment, welches es dem Vorstand auch seit-

schon ermöglicht hat, im Bedarfsfall sehr schnell eine Entscheidung zu treffen.

Die Selbständigkeit der Zahlstellen und der Ortsverwaltungen wird also durch die Vorlage des Vorstandes nicht gefährdet. Dagegen ist diese geeignet, und das ist ihr Zweck, die Stofkraft des Verbandes zu stärken. Wir wollen es uns versagen, Zukunftsbilder zu malen. Wer die Vorgänge unseres Wirtschaftslebens aufmerksam verfolgt, wird sich darüber klar sein, daß wir unsere Pflicht auf das Größtliche verlegen würden, wollten wir jetzt die Kriegsrüstung unseres Verbandes vernachlässigen. Eines der Mittel, die hierfür in Betracht kommen, ist die Zusammenfassung unseres Rassenwesens. In den Lokalkassen liegt ein erheblicher Teil des Gesamtvermögens unseres Verbandes, aber er ist verteilt auf viele hundert Einzelstellen, von denen viele nur über kleine Beträge verfügen. Fließen diese Gelder in eine Kasse zusammen, dann lassen sie sich nicht nur vorteilhafter anlegen, viel wichtiger ist es, daß dadurch die Kampfkraft des Verbandes ganz bedeutend gestärkt wird.

Für manche Zahlstelle mag es ein Opfer bedeuten, wenn sie in Zukunft darauf verzichten soll, ein großes Lokalvermögen anzusammeln oder ein schon vorhandenes noch zu vergrößern. Man trennt sich nicht gern von seinen Schätzen. Das gilt nicht nur von den Kapitalisten, sondern auch von den Proletariern, die zu dem Amt berufen, treue und uneigennütige Hüter des Kriegsschatzes der Organisation sind. Wenn es aber das Wohl der Organisation verlangt, dann müssen derartige Rücksichten zurücktreten. Der grundlegende Gedanke unseres Zentralverbandes, nämlich die vielen schwachen Einzelkräfte zu einem großen und starken Ganzen zusammenzufassen, muß auch für unser Rassenwesen Geltung erlangen. Das Interesse und die Freude an dem Zahlstellenvermögen braucht nicht verlorenzugehen, sondern kann und muß auf das gemeinsame Verbandsvermögen übertragen werden. Ja, je größer das Gesamtvermögen und je stärker alsdann die Finanzkraft des Gesamtverbandes ist, mit desto mehr Freude und Interesse können und werden die Mitglieder in allen Zahlstellen am Verband hängen.

Es handelt sich jetzt um eine praktische Betätigung der Solidarität, die unsere Kollegen schon oft, wenn Not an Mann war, glänzend bewiesen haben. Heute brennt uns das Feuer nicht auf den Nägeln; wir wollen für künftige Tage vorsorgen. Die vorgeschlagene Maßnahme soll nicht die Macht des Vorstandes gegenüber den Mitgliedern stärken und nicht die Selbständigkeit der Zahlstellen einengen; nur die Schlagkraft der Organisation gegenüber den Unternehmern soll gehoben werden. Das wollen alle, die es gut meinen mit unserem Verband. Deshalb erwarten wir, daß die bevorstehende Reorganisation dem Verband zum Segen gereichen wird.

## Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

September.

Der Gang der Beschäftigung im September zeigt, wie das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner zusammenfassenden Uebersicht sagt, daß dem deutschen Wirtschaftsleben eine unverminderte, nicht zu brechende Widerstandskraft inneohnt, mit dem es allen Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, Herr zu werden weiß. Im September ist im Vergleich zum Vorjahr verschiedentlich wieder eine Steigerung der Tätigkeit hervorgetreten, doch hat sich im Holzgewerbe eine wesentliche Verschiebung der Beschäftigungsverhältnisse nicht geltend gemacht.

Ueber die Lage in den einzelnen Gewerbezweigen bringt das „Reichsarbeitsblatt“ nach den Mitteilungen der Unternehmer folgende Berichte: Die Säge- und Hobelwerke wie die Kistenfabriken melden für September aus Süddeutschland ebenso ausreichende Beschäftigung wie im Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr gestalteten sich die Beschäftigungsverhältnisse jedoch nicht ganz so günstig. Von sonstigen Holzbearbeitungsbetrieben wird die Tätigkeit als ebenso befriedigend wie im August und im September des Vorjahres bezeichnet. Die Lage der Möbeldindustrie ist nach wie vor unverändert. Für die Herstellung vornehmer Wohnungseinrichtungen wird dem Vormonat gegenüber eine allerdings nur kleine Verbesserung gemeldet. Es hat sich aber insbesondere im Vergleich zum Vorjahr um dieselbe Zeit vielfach eine Steigerung geltend gemacht. Die Kolläden- und Schattendeckenherstellung erfreute sich ebenso ausreichender Beschäftigung wie im Vormonat. Dem Vorjahr gegenüber ist die Lage im Berichtsmonat günstiger gewesen. Die Holzpflasterfabriken waren dagegen weniger gut als im Vorjahr beschäftigt. Im Vergleich zum August dieses Jahres ist eine Veränderung nicht zu erkennen. Die Korbwarenfabriken hatten befriedigend zu tun. Der Umsatz gewöhnlicher Korbwaren war größer als im Vormonat und wesentlich stärker als im gleichen Monat des Vorjahres. Im ganzen wird der Geschäftsgang im Hinblick auf den September 1916 als besser geschildert. Teilweise wurde mit Uebersunden gearbeitet. Die Bürstenindustrie ist andauernd gut beschäftigt. Für die Särmverfertigung macht sich ein Rückgang sowohl gegen den Vormonat als auch gegen das Vor-

jahr bemerkbar. Der Kraftwagenbau war ebenso gut beschäftigt wie in den Vormonaten, und in den Waggonfabriken ist sogar dem Vorjahr gegenüber teilweise eine Steigerung der Beschäftigung erreicht worden.

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad wurden im Monat September wieder 151 Betriebe erfasst. Das Ergebnis der Erhebung in den einzelnen Zweigen des Gewerbes zeigt die folgende Zusammenstellung:

| Berufszweig        | Beschäftigte im Sept. | Beschäftigte im Vormonat | Im Laufe des Monats  |              | Beschäftigung  |             | Beschäftigt  | Arbeitslos     |               |
|--------------------|-----------------------|--------------------------|----------------------|--------------|----------------|-------------|--------------|----------------|---------------|
|                    |                       |                          | ein- und ausgetreten | neue Stellen | im Sept.       | im Vormonat |              |                |               |
| Möbel              | 41 4664               | 3243                     | 228                  | 134          | 12 2330        | 22          | 1783         | 5 521          | 2 30          |
| Bau und Möbel      | 10 1073               | 523                      | 45                   | 30           | 1 230          | 7           | 685          | 2 158          | —             |
| Weiche Möbel       | 2 248                 | 141                      | —                    | —            | —              | —           | 2 248        | —              | —             |
| Lugarmöbel         | 3 464                 | 315                      | —                    | —            | 1 332          | 1           | 68           | 1 64           | —             |
| Bau                | 4 351                 | 262                      | —                    | —            | —              | —           | 2 161        | —              | 2 100         |
| Stühle             | 11 656                | 516                      | 54                   | 21           | 4 271          | 6           | 359          | 1 26           | —             |
| Pianos und Flügel  | 18 2509               | 3018                     | 205                  | 131          | 1 413          | 11          | 1442         | 6 654          | —             |
| Sonst. Musikinstr. | 4 630                 | 322                      | 10                   | 8            | —              | —           | 2 122        | 2 308          | —             |
| Büsten u. Pinsel   | 13 3026               | 1231                     | 65                   | 43           | 2 320          | 7           | 2163         | 2 161          | 2 382         |
| Werkzeuge          | 4 1376                | 352                      | 14                   | 38           | 1 192          | —           | —            | 3 1184         | —             |
| Werkstoffe         | 8 2141                | 247                      | 19                   | 2            | 2 942          | 4           | 696          | 1 298          | 1 205         |
| Flugzeuge          | 11 4201               | 100                      | 372                  | 245          | 3 1520         | 4           | 1008         | 3 1258         | 1 405         |
| Waggons            | 9 2233                | 408                      | 44                   | 61           | 2 313          | 6           | 1505         | 1 465          | —             |
| Sport- u. Kinderw. | 2 341                 | 498                      | 2                    | 10           | —              | —           | —            | 2 341          | —             |
| Automobile         | 3 174                 | 11                       | 4                    | 12           | —              | —           | —            | —              | —             |
| Nähmaschinen       | 8 579                 | 623                      | 4                    | 16           | —              | —           | —            | 7 554          | 1 45          |
| <b>Zusammen</b>    | <b>151 24716</b>      | <b>11840</b>             | <b>1052</b>          | <b>775</b>   | <b>30 6955</b> | <b>76</b>   | <b>10332</b> | <b>26 5172</b> | <b>9 1257</b> |
| <b>Im Vormonat</b> | <b>151 24520</b>      | <b>11804</b>             | <b>684</b>           | <b>943</b>   | <b>29 5660</b> | <b>80</b>   | <b>12994</b> | <b>35 4845</b> | <b>8 1021</b> |

Die Zahl der Beschäftigten hat gegenüber dem Vormonat wieder eine kleine Steigerung erfahren, dagegen zeigt die Zahl der Arbeiter, die in Betrieben mit sehr gutem und gutem Geschäftsgang beschäftigt waren, einen Rückgang auf. Von je 100 Beschäftigten kamen auf Betriebe mit sehr gutem Geschäftsgang 28,1 (im Vormonat 23,1), mit gutem 41,8 (33,0), mit befriedigendem 25,0 (19,7) und mit schlechtem Geschäftsgang 5,1 (4,2).

Über ihren Mitgliederstand am 1. Oktober haben 6480 Kranken-Kassen an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet. In der Berichterstattung im Vormonat haben sich 5242 Kassen beteiligt. Die berichtenden Kassen hatten an versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken:

am 1. Sept. 4 603 661 männliche, 4 754 658 weibliche,  
am 1. Okt. 4 603 060 männliche, 4 773 097 weibliche.

Hiernach haben die männlichen Beschäftigten um 601 oder 0,01 Prozent ab- und die weiblichen um 18 439 oder 0,39 Prozent zugenommen. Insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten um 17 838 oder 0,19 Prozent gestiegen.

Die Berichterstattung über die besonderen Klassen der Holzindustrie, wobei gleichfalls nur die versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken gezählt sind, hatte folgendes Ergebnis:

| Kassenarten                 | Zahl der Berichte | Männl. Mitglied. |                                | Weibl. Mitglied. |                                |
|-----------------------------|-------------------|------------------|--------------------------------|------------------|--------------------------------|
|                             |                   | am 1. Okt.       | Gegenüber d. Stand am 1. Sept. | am 1. Okt.       | Gegenüber d. Stand am 1. Sept. |
| Orts-Krankenkassen          | 9                 | 8429             | + 64                           | 4281             | - 31                           |
| Gewerkschafts-Krankenkassen | 28                | 11127            | - 105                          | 1803             | + 139                          |
| Betriebs-Krankenkassen      | 96                | 10118            | - 42                           | 4738             | - 35                           |

In den beruflich gegliederten Krankenkassen des Holzgewerbes hat sich hiernach die Zahl der männlichen Mitglieder um 83 vermindert, während gleichzeitig die Zahl der weiblichen Mitglieder um 73 stieg.

Über den Monat September 1917 sind auf Grund der Berichterstattungspflicht von 1562 Arbeitern nachweisen Berichte über ihre Tätigkeit beim „Reichsarbeitsblatt“ eingegangen. Unter diesen sind 234 Fehlanzeigen von Arbeitern, die im Berichtsmontat keine Tätigkeit angetreten haben. Unter Einrechnung der Reste aus dem Vormonat ergeben sich für die Arbeitssuchenden, die offenen und die besetzten Stellen bei allen Nachweisen zusammen die folgenden Zahlen, wobei zugleich die entsprechenden Zahlen für den Vormonat und den Vergleichsmonat des Vorjahres angegeben werden:

| Monat      | Arbeitslos |        | Offene Stellen |        | Besetzte Stellen |        | Arbeitslos auf je 100 offene Stellen |
|------------|------------|--------|----------------|--------|------------------|--------|--------------------------------------|
|            | männl.     | weibl. | männl.         | weibl. | männl.           | weibl. |                                      |
| Sept. 1916 | 195        | 196    | 286            | 146    | 146              | 99     | 68 134                               |
| Aug. 1917  | 151        | 177    | 308            | 205    | 115              | 113    | 49 86                                |
| Sept. 1917 | 147        | 163    | 296            | 194    | 111              | 105    | 56 87                                |

Sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Arbeitern ist gegenüber dem Vormonat der Andrang, aber auch die Nachfrage zurückgegangen, die letztere etwas stärker, so daß auf je 100 offene Stellen bei den männlichen 50, bei den weiblichen Arbeitern 57 Arbeitssuchende kamen, gegen 49 bzw. 56 im Vormonat. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres hat sich aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt erheblich geändert.

In der folgenden Tabelle geben wir eine gleichartige Uebersicht über den Stand des Arbeitsmarktes in der Gesamtzahl der Holz- und Schnitzstoffe.

| Monat      | Arbeitslos |        | Offene Stellen |        | Besetzte Stellen |        | Arbeitslos auf je 100 offene Stellen |
|------------|------------|--------|----------------|--------|------------------|--------|--------------------------------------|
|            | männl.     | weibl. | männl.         | weibl. | männl.           | weibl. |                                      |
| Sept. 1916 | 235        | 76     | 264            | 75     | 127              | 217    | 55 121                               |
| Aug. 1917  | 423        | 62     | 815            | 75     | 260              | 300    | 47 85                                |
| Sept. 1917 | 370        | 59     | 824            | 85     | 249              | 368    | 41 58                                |

Auch in der Holzindustrie hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden und der offenen Stellen gegenüber dem Vormonat vermindert. Die Verminderung der Zahl der Arbeitssuchenden war aber stärker, so daß bei den männlichen Arbeitern auf 100 offene Stellen nur 44 Arbeitssuchende kamen, gegen 47 im Vormonat und 53 im September des Vorjahres. Auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Arbeiter in der Holzindustrie ist die stark steigende Nachfrage auffällig, der das Angebot nicht mit der gleichen Schnelligkeit folgt. Im September 1916 kamen noch auf 100 offene Stellen 121 Arbeitssuchende. Im August dieses Jahres nur 85, und der September brachte eine weitere Verminderung des Andranges auf 58.

Über den Stand der Arbeitslosigkeit am Schluß des Monats September haben 33 Gewerkschaften berichtet, die ohne die beim Heere befindlichen noch 1 094 035 Mitglieder umfassen; von der Zählung wurden 1 029 179 Mitglieder erfasst. Am Stichtag waren 7875 Personen arbeitslos, das sind 0,8 Prozent der von der Zählung erfassten Mitglieder. Diese Verhältniszahl hat sich in den letzten Monaten nicht geändert, sie ist aber erheblich günstiger als im September des vorigen Jahres, wo noch 2,1 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. Nach Geschlechtern geschieden waren Ende September 0,3 Prozent der männlichen und 2,3 Prozent der weiblichen Mitglieder arbeitslos; für den September des Jahres 1916 lauten die entsprechenden Zahlen 0,7 bzw. 8,1. Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist also sehr stark zurückgegangen.

In den zur Industrie der Holz- und Schnitzstoffe gehörigen Verbänden war der Stand der Arbeitslosigkeit wieder günstiger als im Gesamtdurchschnitt. Auf 100 Mitglieder kamen Ende September nur 0,5 Arbeitslose gegen 1,0 im September des vorigen Jahres. Der Bildhauer-Verband hatte unter 858 Mitgliedern, über die er berichtet, 7 Arbeitslose oder 0,8 Prozent. Der christliche Holzarbeiter-Verband berichtet über 4759 Mitglieder, von denen nur 2 (gleich 0,0 Prozent) arbeitslos waren. Der Gewerksverein der Holzarbeiter hat 2312 Mitglieder, von denen 2112 bei der Zählung erfasst wurden. Arbeitslos waren 4 oder 0,4 Prozent. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband berichtet für Ende September über 88 424 Mitglieder, darunter 17 629 weibliche. Arbeitslos waren 420 Mitglieder, darunter 124 weibliche. Demnach waren 0,5 Prozent der Mitglieder arbeitslos, und zwar 0,4 Prozent der männlichen und 0,7 Prozent der weiblichen Mitglieder.

Zum Schluß fügen wir noch eine Uebersicht über die Verteilung der Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und der Arbeitslosen auf die einzelnen Staaten und Landesteile an, die den Stand am Schluß des zweiten und des dritten Quartals 1917 wiedergibt. Hierbei halten wir uns an die amtliche Einteilung, die von unserer Gaueinteilung wesentlich abweicht.

| Staaten und Landesteile   | Mitglieder Ende |              | Arbeitslose Ende |            | Arbeitslose auf 100 Mitgl. Ende |             |
|---|-----------------|--------------|------------------|------------|---------------------------------|-------------|
|   | Juni 1917       | Sept. 1917   | Juni 1917        | Sept. 1917 | Juni 1917                       | Sept. 1917  |
| 1. Ostpreußen, Westpreußen, Pommern   | 2945            | 3339         | 10               | 2          | 0,34                            | 0,05        |
| 2. Berlin und Brandenburg   | 14814           | 15448        | 163              | 198        | 1,10                            | 1,28        |
| 3. Posen und Schlesien  | 3488            | 3798         | 17               | 10         | 0,49                            | 0,26        |
| 4. Prov. Sachsen und Anhalt   | 4820            | 5622         | 17               | 28         | 0,35                            | 0,48        |
| 5. Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Fürstentum Lübeck, Sanjelschädte Lübeck und Hamburg | 5595            | 6371         | 22               | 22         | 0,39                            | 0,34        |
| 6. Hannover, Oldenburg (ohne Fürstentum Lübeck und Birkenfeld), Braunschweig, Bremen          | 7994            | 9070         | 16               | 9          | 0,23                            | 0,11        |
| 7. Westfalen, beide Stepp.  | 911             | 1208         | —                | 1          | —                               | 0,08        |
| 8. Rheinprovinz und Siedlungsgebiet   | 2478            | 3311         | —                | —          | —                               | —           |
| 9. Hessen-Rheinl. Großherzogtum Hessen, Baden   | 2663            | 3241         | 2                | 2          | 0,08                            | 0,06        |
| 10. Bayern (rechter Rheinfl.)   | 9220            | 10776        | 80               | 58         | 0,86                            | 0,54        |
| 11. Königlich Sachsen und sächsisch-thüringische Staaten                                      | 17820           | 20439        | 134              | 85         | 0,75                            | 0,42        |
| 12. Württemberg, Baden, Hohenzollern  | 5141            | 6115         | 4                | 4          | 0,08                            | 0,06        |
| 13. Elsaß-Lothringen und Bayerische Pfalz   | 573             | 686          | 1                | 1          | 0,17                            | 0,15        |
| <b>Deutsches Reich</b>  | <b>77612</b>    | <b>88424</b> | <b>466</b>       | <b>420</b> | <b>0,60</b>                     | <b>0,47</b> |

Nach dieser Uebersicht ist die Mitgliederzahl des Verbandes im Laufe des dritten Quartals um rund 11 000 gestiegen, nachdem schon im zweiten Quartal eine Zunahme um etwa 5000 festgestellt werden konnte. Seit Beginn des Jahres 1917 bis Ende September hat der Verband seine Mitgliederzahl um rund 20 000 gesteigert. Die Zunahme der Mitglieder verteilt sich auf alle Staaten und Landesteile. Die Arbeitslosigkeit weist erhebliche Unterschiede auf, sie ist aber auch in Berlin und Brandenburg, wo sie mit 1,28 Prozent der Mitglieder den höchsten Stand erreicht, noch verhältnismäßig gering.

**Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage.**

Der ganze Komplex der inneren Verbandspolitik, wie er in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Diskussion gestellt wurde, ist nun allgemein zur reinen Beitrags- und Unterstützungsfrage herunterberaten. Bei diesem Verlauf möchte ich feststellen, daß in dem einleitenden Artikel vom 26. Mai die Ansicht, die Rechte der Arbeitssuchenden zu beschränken, wie es nach Absatz 5 der Vorstandsvorlage geschieht, mit keinem Wort auch nur angedeutet wurde. Zudem der Vorstand die Mitglieder sich in der Diskussion erst einmal nach der materiellen Seite festzusetzen und sich zu seinem Vorhaben nach Absatz 5 erst eine Scheinberechtigung durch die Stadtkonferenz ausstellen ließ, wie er ein unehrliches Spiel. War doch die Behinderung der Rückzahlung der von den Arbeitssuchenden dem Vorstand bei Kriegsausbruch vorgestreckten Beträge die leitende Ansicht, den finanziellen und damit wirklichen Einfluß der Arbeitssuchenden nicht wieder auskommen zu lassen. Der vorgeschlagene Ausbau der Versicherungseinrichtungen steht in solchem Widerspruch zu den von der Gaueinteilung (nach Zustimmung der Vorstandsvorleiter)

an die Regierung eingereichten sozialpolitischen Forderungen — und zu der in dem beratenen Material —, daß man bei der solcherart herbeigeführten Herabminderung der Dringlichkeit, die einer Vorwegnahme der Staatspflichten nahekommt, in Zweifel geraten muß, ob die für die Gesamtarbeiterschaft in gleicher Weise notwendig vorzunehmende Sicherung ihrer Existenz wirklich ernsthaft durch die Organisationen erkämpft werden sollen, oder ob die Organisationsleitungen sich solche Aufregungen ersparen, die Forderungen nur aus Gewohnheit zum Agitationszweck stellen wollten. War bisher die Selbsthilfe Notbehelf für einen leidlich übersichtlichen Wirtschaftszustand, der für die augenscheinliche Zukunft keinen Vergleichsanhalt bietet, so sollte man von einer Gewerkschaftsleitung für die Zukunft Interessen der Arbeiter weitaussehendere Vorbereitungen erwarten dürfen, als sie die Vorstandsvorlage darstellt. Die nachkriegliche Zeit wird nur durch die Arbeiter selbst ihrer Gruel behoben werden können. Bei allen schönen Schuttschlagworten werden die Arbeiter guttun, sich erst mal auf einen Kampf um die Fortführung der Produktion einzurichten, die durch die in Kriegsgewinn verwehnten Unternehmer aus mehrfachen Gründen großen Gefahren ausgesetzt ist. Dazu ist die Rationierung der Arbeitszeit aus eigener Kraft — nach Maßgabe der vorhandenen Reserven — zu erzwingen. Es wäre dem Charakter der Arbeiterorganisationen angepaßter, wenn deren Leitungen sich zur Aufgabe machten, Erkenntnis und Bewußtsein der Arbeiter für die sich aufdrängende Lehre der umgestalteten Wirtschaftslage aufzuheben, an die Prüfung und Umformung der überholten Kampfmittel und -methoden zu gehen, statt spitzfindig auf die Stärkung der Bürokratie zur Reglementierung des Kampfwillens der Arbeiter Bedacht zu nehmen. Die herrschende Produktionsweise als Ursache der Arbeitslosigkeit bleibt durch den Ausbau der Arbeitslosenversicherung nicht nur unberührt, sondern hilft sie sogar geduldiger ertragen und damit indirekt festigen, und stärkt zudem nur die Bürokratie. Die Arbeitslosenunterstützung belastet die Gesellschaft, wenn sie staatlich, die Arbeiter, wenn sie gewerkschaftlich ist. Sie ist in beiden Formen zu verwerfen. Aus all dem hier nur angedeuteten Gesichtspunkten entspricht die Vorstandsvorlage den Arbeiterinteressen nicht nur nicht, sondern behindert, ihre Wahrnehmung zu ermöglichen. Sie ist in der Urabstimmung abzulehnen.  
H. Wagner (Charlottenburg).

Anmerkung der Redaktion. Wir haben die vielen Einwendungen zur Beitrags- und Unterstützungsfrage bisher ohne redaktionelle Bemerkung veröffentlicht. Wenn wir im vorliegenden Fall von dieser Regel abweichen, so veranlaßt uns dazu die sehr eigenartige Auffassung des Einsenders von den Aufgaben der Gewerkschaften; um so mehr, als der Kollege Wagner Mitglied des Verbandsvorstandes ist.

Er hätte in dieser Eigenschaft wissen können, daß der Artikel über die „Innere Verbandspolitik“ in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine redaktionelle Arbeit war, die der Verbandsvorstand auch nicht inspiriert hatte. Der Kollege Wagner kennt die Gründe, welche die Ausarbeitung der Vorlage des Vorstandes verzögert haben; wenn er dem Verbandsvorstand trotzdem unlautere Motive bei seinem Vorgehen unterstellt, so ist ihm das nur möglich, weil er unwahre Behauptungen wider besseres Wissen aufstellt. Aus den sachlichen Darlegungen des Kollegen Wagner ist zu entnehmen, daß er auf die „Bürokratie“ sehr schlecht zu sprechen ist. Darüber wollen wir mit ihm nicht rechten, wir hätten jedoch gewünscht, daß er positiv gesagt hätte, was er eigentlich will. Er wünscht, daß die Vorstandsvorlage in der Urabstimmung abgelehnt werde. Zur Urabstimmung wird aber nicht die Vorlage des Vorstandes gestellt, sondern die Beschlüsse der Stadtkonferenz, die, als die Einsetzung geschrieben wurde, mehr als eine Woche vor der Stadtkonferenz, natürlich noch nicht bekannt sind. Als positives Ziel nennt Kollege Wagner den „Kampf um die Fortführung der Produktion“. Dazu sei es notwendig, die Rationierung der Arbeitszeit aus eigener Kraft zu erzwingen. Das sind kräftige Worte, aber leider nichts als Worte. Leere Redensarten, bei denen sich jeder denken kann, was er will, sofern er sich dabei überhaupt etwas denken kann.

Und was will Kollege Wagner noch? Er wendet sich sowohl gegen staatliche als auch gegen die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung. Ein Gesellschaftszustand, in dem es keine Arbeitslosenunterstützung bedarf, weil es keine Arbeitslosen gibt, ist gewiß erstrebenswert, aber er kommt nicht von selbst, und die kräftigsten Löse können ihn nicht herbeiführen. Der Schall der Trompeten reicht in unserer nüchternen Zeit nicht mehr aus, die Mauern einer Stadt niederzulegen. Um Fortschritte zu erzielen, bedarf es tüchtiger Arbeit jedes einzelnen, und diese Leistung kommt nur zur Geltung, wenn die Arbeiter in starken Organisationen zusammengefaßt sind.

Die Einrichtungen der Gewerkschaften müssen die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen. Solange wir mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, müssen wir auch Vorkehrungen treffen, unsere arbeitslosen Mitglieder zu unterstützen. Wir treten für die Schaffung einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge ein. Die Erfüllung dieses Verlangens wird aber die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung nicht unnötig machen. Wer sich gegen staatliche und gegen gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung ausspricht und dabei annimmt, daß er auf dem Boden der Gewerkschaften Ruhe und für die Gewerkschaften wirke, erbringt damit nur den Beweis, daß er sich über das, was er eigentlich will, in einer heillosen Verwirrung befindet.

**Berichte von den Gantagen.**

Der Gantag für den Gau Danzig fand am 28. Oktober 1917 in Danzig statt. Besucht war derselbe von 28 Delegierten. Kollege König begründete die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Neugestaltung der Beitrags- und der Unterstützungsrichtungen. Nachdem in der Generaldebatte die Redner das Für und Wider der Vorlage erörtert hatten, wurde in die Beratung der eingegan-

genen Anträge eingetreten. Nach einem angenommenen Antrag Danzig sollen den Zahlstellen bis zu 2000 Mitgliedern 20 Proz., mit über 2000 Mitgliedern 15 Proz. der Beiträge verbleiben. Punkt 11 der Vorlage wurde abgelehnt, der Gautag sprach sich für die Beibehaltung der getrennten Unterstützungen aus. Ein Antrag Königsberg (Pr.), die Streifenunterstützung um 80 Prozent zu erhöhen, fand Aufnahme. In die Statutenberatungskommission wurde Kollege A h l (Königsberg) gewählt. O. K.

**Der Gautag für den Gau Breslau**

tagte am 28. Oktober in Breslau und war von 37 Delegierten aus 26 Zahlstellen besucht. Die Vorlage des Vorstandes wurde vom Kollegen Leipzig eingehend begründet. In der äußerst sachlich gehaltenen Diskussion brachten die Delegierten eine Reihe abweichender Meinungen zum Ausdruck, doch wurde der Zweck der Vorlage und damit diese selbst im Prinzip allgemein anerkannt. Gegenüber einem Antrag, die Termine für die Einführung der höheren Beiträge und der Unterstützungen um ein Vierteljahr zu verschieben, hob besonders der Delegierte aus Riesty hervor: Was wir für notwendig und gut anerkennen, muß bald, muß sofort durchgeführt werden. Angenommen wurde ein Antrag: „Mitgliedern, welche wegen Alters und Invalidität in eine niedrigere Klasse versetzt werden und vorher 25 Jahre einen höheren Beitrag geleistet haben, sollen die erworbenen höheren Unterstützungen erhalten bleiben.“ Ferner die Anträge: „Die Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung im Gesamtbetrag höher zu bemessen und die Unterstützung im Todesfall noch ein- und zweijähriger Mitgliedschaft zu gewähren.“ Als Mitglied in die Statutenberatungskommission wurde Kollege G ö t h e l (Görlitz) gewählt. X. K.

**Gautag des Leipziger Gaues.**

Die Vertreter des Leipziger Gaues versammelten sich am 28. Oktober in Chemnitz, um zu der Vorlage des Vorstandes und den dazu gestellten Anträgen Stellung zu nehmen. Der Vorstandsvorsteher, Kollege R e u m a n n, begründete die Vorlage unter besonderer Betonung der grundsätzlichen Motive und Ziele, von denen sich der Vorstand bei der Ausarbeitung leiten ließ. In der Diskussion hielten sich alle Redner in der Hauptsache an diese grundsätzliche Seite der Sache, wobei sich die Aussprache auf einer recht erweiterlichen Höhe bewegte. Die große Bedeutung der zukünftigen Aufgaben des Verbandes wie auch die Art ihrer Lösung nach den vom Vorstand aufgestellten Richtlinien wurde von allen Rednern anerkannt. Von der Kleinlichen Kritik an Einzelheiten der Vorlage und von der Hineintragung sogenannter prinzipieller Gegensätze zwischen Mitgliedern und Verbandsleitung hielt sich die Konferenz gänzlich fern, dagegen kamen die wirklich wichtigen Gesichtspunkte der in Angriff genommenen Reform unseres inneren Verbandslebens um so mehr zur Geltung.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage des Vorstandes als Grundlage für die Neugestaltung des Beitrags- und des Unterstützungswesens einstimmig gutgeheißen. Von der weiteren Beratung der Statutenberatungskommission mit dem Vorstand und der Reichskonferenz erwartet der Gautag eine möglichst Berücksichtigung der zutage getretenen Wünsche der Mitglieder, wobei jedoch die Hauptaufgabe des Verbandes, die Regelung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen der deutschen Holzarbeiter, an erster Stelle stehen soll und demgemäß auch die erste Berücksichtigung erfahren muß. In diesem Sinne wurden alle vorliegenden Anträge der Statutenberatungskommission überwiesen. Als Vertreter des Leipziger Gaues wurde Kollege August G e r h a r d t (Zeitz) in die Kommission gewählt. Zum Schluß beauftragte der Gautag seinen Vertreter in der Kommission sowie die übrigen Vertreter der Zahlstellen, dafür einzutreten, daß die Reichskonferenz zu einer zeitgemäßen Regelung der Teuerungszulagen der Verbandsangestellten Stellung nimmt.

**Gautag Magdeburg.**

Auf dem Gautag am 28. Oktober waren 25 Zahlstellen durch 95 Delegierte vertreten. Das Referat über den weiteren Ausbau und die Neuordnung in unserem Verband hielt der Kollege S c h n e c g a b. War die Kritik daran auch eine ebenso eingehende wie ausgiebige, so war doch die überwiegende Mehrheit der Delegierten von der Notwendigkeit der schnellsten Durchführung der höheren Leistungen und Gegenleistungen überzeugt. Von vornweg wurde ein Antrag, der diese Notwendigkeit bezweifelte, gegen 4 Stimmen abgelehnt und desgleichen ein Antrag, der die Kompetenz des Gautages zu dieser Frage in Zweifel stellte, gegen 8 Stimmen. Dem Grunde nach erklärte sich alsdann der Gautag für Erhöhung der Beiträge, Einführung von Staffelleistungen und Ablösung der lokalen Zuschüsse zu den Unterstützungen durch die Verbandskasse. Zu der Vorstandsvorlage war von der Zahlstelle Halle eine Gegenvorlage ausgearbeitet und eingebracht, die acht innerhalb der Höchst- und Niedriggrenze etwas weiter abgestufte Beitragsklassen und durchgehends etwas höhere Unterstützungen vorsieht. Beide Teile wurden davon angenommen, desgleichen die Vorschläge, daß den Zahlstellen 25 statt 15 Prozent der Beiträge verbleiben, und daß Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nicht aufgerechnet werden sollen. Abgelehnt wurde dagegen der Vorschlag, den in eine niedrigere Beitragsklasse eintretenden Mitgliedern noch bis zu 26 Wochen die höheren Unterstützungen zu zahlen; folgerichtig hiervon aber wiederum der Vorschlag angenommen, den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern sofort die nach der Beitragsklasse ihrer Zahlstelle entfallenden höheren Unterstützungen zu gewähren. Schließlich wurde noch abgelehnt der Vorschlag, die Einführung derselben ein Vierteljahr später als nach der Vorstandsvorlage erfolgen zu lassen. Angenommen dagegen aber noch der Antrag, daß bei Notwendigkeit der weiteren Stärkung der Verbandskasse keine Extrabeiträge oder sogenannten freiwilligen Beiträge erhoben werden dürfen, sondern die ordentlichen Beiträge entsprechend erhöht werden müssen. In die Statutenberatungskommission wurde der Kollege S c h n a b e l (Halle) gewählt. B.

**Gautag München.**

Der am 28. Oktober abgehaltene Gautag für den Münchener Gau nahm einen alle Teilnehmer befriedigenden Verlauf. Die Vorlage des Vorstandes wurde vom Kollegen K a n f e r begründet. Die Aussprache ergab, daß liberale Uebereinstimmung darin herrscht, daß der Verband nach Möglichkeit getränkt werden muß. Ueber den einzuschlagenden Weg wurden verschiedene Ansichten laut, die Debatte wurde aber sehr sachlich geführt und war vom besten Geiste getragen.

In der Abstimmung wurde der Satz in Ziffer 5 der Vorlage, nach welchem die Lokaltbeiträge in Wegfall kommen, angenommen. Beschlossen wurde dagegen, den Anteil der Lokalkassen für Verwaltungskosten auf 20 Prozent zu bemessen. Abgelehnt wurde die Bestimmung, nach welcher die Uebererträge der Lokalkassen an die Hauptkasse abgeführt werden sollen. Von den vorliegenden Änderungsanträgen denen die Konferenz zustimmte, sind folgende zu erwähnen: Zureisenden Mitgliedern soll gestattet werden, in der höheren Klasse weiterzuzahlen, wenn sie in der früheren Zahlstelle höhere Beiträge gezahlt haben, als am neuen Arbeitsort erhoben werden. Beim Uebertreten in eine niedrigere Beitragsklasse sollen die erworbenen Unterstützungsansprüche in der gleichen Weise erhalten bleiben, wie das beim Uebertreten in eine höhere Klasse vorgesehen ist. Eine schwache Mehrheit sprach sich dafür aus, daß die Höchststufe der Unterstützung statt nach 10 schon nach 7 Jahren Mitgliedschaft gewährt werden. Bei der Streifenunterstützung wurde eine Erhöhung der Sätze gewünscht. Angenommen wurde schließlich noch ein Antrag, nach welchem die Karenzzeit für den Bezug der neuen Unterstützungsätze für die aus dem Seere entlassenen Mitglieder auf 13 Wochen verkürzt wird, ohne daß jedoch dadurch die Bestimmung eine Änderung erfährt, nach welcher mit der Auszahlung nach den neuen Sätzen am 1. Juli 1918 begonnen wird. Der Vorlage im ganzen stimmte der Gautag mit den erwähnten Änderungen zu. Als Vertreter des Gaues in der Statutenberatungskommission wurde Kollege G r o ß (Muggsb.) als eventueller Ersatzmann Attenhofer (München) gewählt. K.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag in der Zahlstelle Osterode (Ostpr.) für männliche Mitglieder ab 1. November 1 Mk.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 45. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 553975 Gust. Ehrich, Schl., geb. 4. 11. 93 zu Christburg.
- 560871 Jak. Huf, Rahmenn., geb. 29. 7. 81 zu Flonheim.
- 773249 Max Lindow, Korbm., geb. 20. 6. 98 zu Selligensee.
- 791219 Georg Hegner, M.-A., geb. 2. 9. 93 zu Oberneuland.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Düsseldorf.** Der Artikel „Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage“ vom Kollegen Otto Rensch in Nr. 43 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 27. Oktober nötigt uns zu einigen Bemerkungen. Veranlassung zu dem von der Lokalverwaltung gestellten Antrag auf Wiedereinführung der Lokalzuschläge zu den Unterstützungen gab einzig und allein die ungeheure Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse. Die Mitgliederversammlung vom 24. April kam dann zu dem Entschluß, die Lokalzuschläge nur auf die Krankenunterstützung auszudehnen, weil tatsächlich Arbeitslose nicht vorhanden waren und bis heute keine vorhanden sind. Ferner wurde der ebenso richtige Grund angeführt, daß nach der Statistik im ganzen Gau nur 0,38 Prozent Arbeitslose vorhanden waren. Diese wenigen Arbeitslosen kommen aber höchstens zum Bureau, um nun, sagen wir mal, um sich sehen zu lassen, aber nicht um irgendwelche Unterstützung in Empfang zu nehmen, da Schreinergehilfen in der heutigen Zeit bei uns ein gesuchter Artikel sind. Mit dieser Begründung hat die Mitgliederversammlung keineswegs die Meinung vertreten, daß wer jetzt arbeitslos ist nicht arbeiten will. Ebenso ist der Satz: „Diese Kennzeichnung der Arbeitslosen in Pausch und Pögen als Arbeitscheue“ ganz entschieden zurückzuweisen. Die letzte Mitgliederversammlung hat festgestellt, daß eine derartige Bezeichnung der Gründe, die für diesen Antrag sprachen, auch keinem einzigen Redner unterworfen werden könne. Wäre ein Redner in dem Sinne, wie es dargestellt wurde, entgeistert, so wäre ganz bestimmt vom Vorsitzenden derartige Gerüchte worden. Wenn Kollege Rensch weiter sagt, der erwähnte Beschluß bestehe zu Unrecht, so verstehen wir nicht, daß er mit dieser Entdeckung an unser Verbandsorgan gehen muß, wo er doch tagtäglich Gelegenheit hat oder doch schon längst hätte haben können, zu versuchen, in Versammlungen usw. diesen Beschluß wieder rückgängig zu machen oder dagegen zu protestieren. Nun stellt es Kollege Rensch als widerständig hin und betont dieses mit den rechten Kraftworten: „Wie es auch die reaktionärste Armenpflege nicht zu vollbringen vermag, wenn die Mitglieder sich selbst ihre Rechte beschneiden.“ Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es unbedingte Pflicht des Staates und der Kommune ist, für die Opfer des Konjunkturwechsels zu sorgen, und ohne Veräußerung der politischen Rechte. Aber gerade deshalb, weil wir diesen Standpunkt immer vertreten, wollen wir doch nicht unsere Organisation zum reinen Unterstützungsverein ausbauen, um dann Staat und Kommune zu entlasten. Wir sind vorläufig noch der Ansicht, daß unsere Organisation eine Kampforganisation ist und auch hoffentlich bleibt, und daß die Unterstützungsanstaltungen doch nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sind. Auf die lokalen Zuschüsse einzugehen, erübrigt sich, da die Reichskonferenz und die Abstimmung für diese Fragen wohl das Richtige treffen werden. Kollege Rensch lachte den

Glauben zu erwecken, als wenn die Düsseldorfser alles andere, nur kein Verständnis für die Not eines Arbeitslosen hätten. Daß dem doch so ist, wollen wir durch obiges gesagt haben. Gerade diejenigen, die heute vielleicht in einigermassen festen Stellungen sind, haben öfters, vielleicht so oft wie der Kollege Rensch, die bittere Not der Arbeitslosigkeit kennengelernt und auch nicht vergessen, daß die Arbeitslosen soweit als möglich unterstützt werden müssen, auch für die Zukunft. Aber all das soll man nicht auf die heutige Zeit anwenden, da doch tatsächlich zu wenig Arbeitskräfte vorhanden sind. Im übrigen ist ja auch der Beschluß der Zahlstelle vom 24. April nur als vorübergehend zu betrachten. Die Lokalverwaltung.

**Stuttgart.** (Zum Bericht über den Gautag.) Auf den „geistig inhaltreichen“ Bericht näher einzugehen, verlohnt sich bei der gegenwärtigen Papierknappheit wirklich nicht. Wir wollen hier nur die treffende Behauptung, als hätten die Stuttgarter Delegierten nur wegen ihrer Lokalkasse gegen die Vorlage des Vorstandes gesprochen, richtigstellen. Dem Berichterstatter dürfte von der im Juli d. J. stattgefundenen Städtekonferenz wohl bekannt sein, daß die Vertreter von Stuttgart der Verbandskasse in bezug auf Belastung der Lokalkassen in weitestem Maße entgegengekommen sind. An eine vollständige Aufhebung der Lokalkassen hatte allerdings damals niemand gedacht. Wir haben uns gegen die Vorlage gewandt und wenden uns heute noch dagegen, weil wir die gegenwärtige erregte Zeit zur Durchbildung einer solchen Umwälzung unserer gesamten Verbandsverhältnisse nicht für günstig, sondern für sehr gefährlich halten, weil die Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit der Zahlstellen und der Ortsverwaltungen unterbunden und dadurch die Reibungsfläche zwischen Vorstand und Verwaltungen bedeutend vergrößert würde, weil mit einer größeren Abwanderung unserer Mitglieder in andere Organisationen zu rechnen ist, und weil die geplante ganze Behandlung dieser wichtigen Frage dem Statut nicht entspricht. Unser Antrag, ab 1. Januar einen Extrabeitrag von 20 Pf. zu erheben, war nur als Provisorium gemeint und sollte bezwecken, der Verbandskasse so bald als möglich höhere Einnahmen zuzuführen, um für eventuelle Kämpfe gerüstet zu sein und Vorstand und Mitglieder die notwendige Zeit und Gelegenheit zu geben, über die geplanten Änderungen eingehend zu beraten. Auch die Vorstandsvorlage sieht eine 26wöchige Wartezeit bis zur Einführung der neuen Unterstützungsätze vor. Während dieser Zeit könnte eine Verständigung erzielt werden, und der Anschein einer Ueberrumpelung müßte verschwinden. Im übrigen haben uns die Einberufung und die Zusammensetzung des Gautages gezeigt, daß vor einer weiteren Zentralisierung wir im Innern eine Demokratisierung dringend notwendig haben. Die Delegierten der Zahlstelle Stuttgart.

**Aus der Holzindustrie.**

**Die Aussichten der Pianofortelindustrie nach dem Kriege.**

In der „Musikinstrumenten-Zeitung“ hat kürzlich Herr Göbel Betrachtungen über die Aussichten der Klavierindustrie nach dem Kriege, besonders im Hinblick auf die englische Konkurrenz, angestellt. Er warnt sehr nachdrücklich vor unnötigem Pessimismus. Interessant ist es, was er über die Lohnfrage sagt. Von der englischen Klavierindustrie wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Höhe der Löhne die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt stark erschweren wird. Demgegenüber weist Göbel darauf hin, daß das Wirtschaftsleben aller Länder nach dem Kriege im Zeichen hoher Löhne stehen wird. Der große Menschenverlust, den der Krieg verursacht, wird bewirken, daß die Arbeitskraft überall hoch im Preise stehen wird. In England und in den Vereinigten Staaten kommt die Errichtung eines stehenden Heeres hinzu, das dem Arbeitsmarkt weit mehr Arbeitskräfte entziehen wird als jeher.

Dem Hinweis auf Deutschlands Maschinenindustrie, die schon vor dem Kriege in der Herstellung maschineller Ersatzteile für die menschliche Arbeitskraft Triumphe gefeiert hat — Göbel erinnert hierbei an die neuen Polier-, Schleif- und Seitenspannmaschinen —, möchten wir allerdings keine sehr große Bedeutung beimessen, denn die Leistungsfähigkeit der amerikanischen und der englischen Maschinenindustrie darf nicht unterschätzt werden. Den Befürchtungen der deutschen Fabrikanten, die sich darauf stützen, daß man sich in England große Mühe gibt, die Instrumente qualitativ den deutschen ebenbürtig zu machen, und daß man dort darauf geht, den Klavierbau in wissenschaftliche Bahnen zu lenken, wobei man schon gute Erfolge erzielt haben will, tritt Göbel entgegen. Er berichtet, daß die britischen Klavierfabrikanten schon vor dem Kriege der Errichtung einer Fachschule großes Interesse entgegenbrachten, ihm selbst sei die Leitung angeboten worden, wobei zugestanden wurde, daß es in England geeignete Personen für diesen Zweck nicht gebe. Er hat das Angebot abgelehnt und ebenso das Ansuchen, andere deutsche Fachgenossen für diesen Zweck zu angeln. Aus diesem Grunde erblickt Göbel in dem Wiederaufleben des Gedankens, den Klavierbau in England in wissenschaftliche Bahnen zu lenken, keinen Grund zu Befürchtungen.

Dagegen weist er auf ein anderes Moment hin. Er bezweifelt, daß es selbst mit Hilfe einer Fachschule gelingen dürfte, im englischen Klavierbau die Güte des deutschen Vorbildes zu erreichen. Denn, so meint er, jedes Volk hat seine besondere Befähigung in der Herstellung bestimmter Gebrauchsgüter, so daß alle nicht nur die Arbeitsteilung ausschließt, sondern neben dieser der Leistungsfähigkeit Arbeit, dem gewissermaßen die Fertigkeit in der Herstellung bestimmter Organische angehören sein muß. Wir registrieren das Volk, das mit diesen Worten der Beschäftigten des deutschen Klavierbauers gegenwärtig, möchten uns jedoch das erwähnte Argument nicht unbedingt zu eigen machen.

Beachtlicher ist ein anderer Hinweis, nämlich der auf die klimatischen Verhältnisse. Die in Großbritannien hergestellten Klaviere sind in dem Klavierbau bei uns als auf Introdudens Holz, besonders Nadelholz, sehr beliebt, wiewohl günstig. Dieser Holzverfügbarkeitsfaktor ist bei der Herstellung von Klaviereisen wichtig, denn es ist

englische Textilindustrie ihr Übergewicht behalten. Dagegen sei das mit ein Grund, der zu der Hoffnung berechtigt, daß es den Engländern nicht gelingen wird, dem deutschen Klavier seine Stellung auf dem Weltmarkt streitig zu machen.

Die Entwicklung der deutschen Klavierindustrie während des Krieges stellt ihrer Leistungsfähigkeit ein glänzendes Zeugnis aus. Ob die Gründe, die Göbel geltend macht, um den Beschlüssen wegen der englischen Konkurrenz entgegenzutreten, im einzelnen berechtigt sind, mag dahingestellt bleiben. Zweifellos hat die englische Klavierindustrie die günstige Gelegenheit reichlich ausgenutzt, die Absatzgebiete der deutschen Fabrikate an sich zu reißen.

Beitragssteigerung im Schweizerischen Holzarbeiter-Verband.

Auch bei unseren schweizerischen Kollegen wird das Bedürfnis für eine Erhöhung der Verbandsbeiträge empfunden. Eine Sitzung des erweiterten Verbandsvorstandes beschäftigte sich mit dieser Frage und beschloß, den Mitgliedern eine Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 Cts. in jeder Klasse zu empfehlen.

Gewerkschaftliches.

Neue Teuerungszulagen im Buchdruckergerwerbe.

Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker, der kürzlich in Berlin getagt hat, hat unter anderem beschlossen, zu der im Mai dieses Jahres festgesetzten Teuerungszulage einen weiteren Teuerungszuschlag zu genehmigen.

Zusammenschluß in der Angestelltenbewegung.

Von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände wird uns geschrieben: Die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, der die gewerkschaftlich gerichteten Verbände der kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten angehören, hat im Verlaufe des Krieges ihr Tätigkeitsgebiet wesentlich ausgedehnt.

gemeinsamer freier Angestelltenverbände die gemeinsame Vertretung der ihr angeschlossenen Verbände auf der Grundlage eines reinen und einheitlichen Arbeitnehmerstandpunktes. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich auf die Durchsetzung gemeinsamer gewerkschaftlicher Ziele auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Der Verband der Kupferfächler beabsichtigt eine Erhöhung der Beiträge durchzuführen. Der Verbandsvorstand unterbreitet den Mitgliedern einen Vorschlag, wonach vom 1. Januar 1918 an der Verbandsbeitrag dadurch von 65 auf 80 Pf. pro Woche erhöht wird.

Der Tapezierer-Verband will den Frauen der Kriegsteilnehmer auch zum nächsten Weihnachtsfest wieder eine Unterstützung gewähren. Der Vorstand und der Ausschuß des Verbandes haben beschlossen, an die Frauen der Mitglieder, die bis zum 1. Dezember 1917 zum Heeresdienst eingezogen sind, bei einer Mitgliedschaft von 26 bis 51 Wochen 3 Mk., bei einer Mitgliedschaft von 52 Wochen und darüber 6 Mk. zu zahlen.

Literarisches.

Nikolaus II. und das Ende der Romanows. Die Geschichte der großen russischen Revolution von F. v. B. Verlag von Theodor Thomas, Leipzig. Preis 3,60 Mk.

Man gewinnt bei der Lektüre dieses anregend geschriebenen Werkes sofort den Eindruck, daß der geistvolle Verfasser nicht nur von diplomatischer Seite, sondern auch aus den Kreisen der politischen Polizei und der revolutionären Propaganda selbst orientiert ist.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

Bekanntmachung des Vorstandes. Bei Bestellungen auf Ersatzbücher für die Krankenkasse wollen die Ortsverwaltungen nicht mehr an Zahl bestellen, als genau notwendig sind, und nicht, wie vielfach geschieht, willkürlich die Anzahl aufgeben.

Mit Ablauf des Jahres werden die Karten derjenigen Mitglieder der Rotbandkasse voll, welche im Jahre 1917 eingetreten sind. Der Vorstand ersucht, Bestellung auf die Ersatzkarten nicht zu machen, sie werden an alle Orte rechtzeitig ohne Bestellung versandt.

zurückzubehalten. Für das laufende Quartal noch etwa benötigte Marken wolle man nur in solcher Anzahl bestellen, womit man in diesem Quartal auskommt.

Table with financial data: Einnahme im Oktober, Ausgabe im Oktober, Gesamtsumme 37471,05 Mk.

Table with financial data: Ausgabe im Oktober, Gesamtsumme 13051,76 Mk.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. Im Oktober sandten Ueberschüsse ein: Fürth, Halle je 150 Mk., Stettin 100, Hamburg III 80, Steintkirchen 75, Werden 63, Freiburg, Markranstädt, Siegnitz je 50, Laupheim 21,83, Ludenwalde 28,90 Mk. Summa 828,73 Mk.

Geftorbene Mitglieder. Friedrich Lehmann, Drechsler, 49 J., gest. in Nürnberg. Marie Ballner, Rammacherin, 33 J., gest. in Nürnberg.

Tischlergesellen auf Bau und Möbel per sofort gesucht. Gebr. Hoppe, Dammstraße 1, Ragnitz (Westl.).

Tüchtigen, erfahrenen Maschinen- oder Kastengrundrieger sucht Anton Stümmer, Leinwandfabrik, Rempfen im Allgäu.

6 bis 8 perfekte Korbmacher für Her Geshofkoree sucht im Auftrag des Gewerbevereins Hof Lon, Pfaff, Korbmachermstr., Hof a. d. Saale (Bayern), Allstadt 18.

Korbmacher sucht nach Herrn. Freyboth, Dresden-A., Am See 34.

Bürstenmacher. Bismarckstr. 14. Alh. Koch, Berlin C. 25, Prenzlauer Str. 14 15.

Rodelkufen, Esche, gebogen, Ia. 1,50 1,20 1,00 em lang. 3,50 4. 1,50 Mk.

Tischlerfachschule Detmold. Eigenes Schulgebäude Egestraße 94. Kurzfristige Ausbildungskurse.

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppalnerstr. 31.

Volkszählungen von Töftel, gebunden 60 Pf. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Volks-Nr. 768 S. Gebd. 6,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Aus meinem Leben. Von August Bebel. 7,25 Mk. Gebd. Nr. 8,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzwerbe. Tabelle mit Spalten für Ort, Berufsgruppe (Bauarbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige) und Arbeitsstellen (A, B, C).